

Fünf Fragen an Viktor Steiner

„Es wird Steuererhöhungen geben“

Herr Prof. Steiner, die Rezession hat große Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen. Wie leer ist die Staatskasse tatsächlich?

In diesem und auch im nächsten Jahr werden wir ein sehr hohes Defizit haben, das 2010 den historischen Wert von sechs Prozent erreichen wird. Danach wird sich die Lage aufgrund der konjunkturellen Verbesserung wieder entspannen. Allerdings werden wir auch danach weiterhin relativ hohe Defizite haben, die nahe an das Maastricht-Kriterium von drei Prozent schrammen. Deshalb ist eine Konsolidierung des Staatshaushaltes unausweichlich.

Fast alle Parteien bestreiten, nach der Bundestagswahl die Steuern zu erhöhen. Sind Steuererhöhungen bei der Kassenlage nicht unvermeidlich?

Ich gehe davon aus, dass es nach der Wahl zu Steuererhöhungen kommen wird. Ich gehe auch davon aus, dass der Abbau der kalten Progression über das bisherige Maß hinaus verschoben wird. Darüber hinaus wird es in einigen Bereichen auch Kürzungen bei den Ausgaben geben müssen. Über die Ausgabenseite allein kann man den Konsolidierungsbedarf von mindestens 50 Milliarden Euro allerdings nicht realisieren.

An welchen Steuerschrauben sollte Ihrer Meinung nach gedreht werden?

Eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer wird natürlich schwierig, weil wir ja bereits vor kurzem einen dreiprozentigen Schritt hatten. Im internationalen Vergleich ist jedoch durchaus noch ein gewisser Spielraum vorhanden. Allerdings hat eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auch negative Auswirkungen. Es wird dadurch noch attraktiver, in die Schattenwirtschaft auszuweichen, zum anderen werden natürlich gerade einkommensschwächere Haushalte relativ stark belastet. Aber auch bei anderen Formen der Steuererhöhung, zum Beispiel bei der Vermögen- oder der Grundsteuer, sind negative Effekte

nicht auszuschließen. Im internationalen Vergleich erhebt Deutschland zum Beispiel relativ wenig Vermögensteuern, speziell bei der Grundsteuer sind wir hier praktisch Schlusslicht. Hier bestünde Potential, wobei auch hier wieder die Mieter belastet werden.

Würden Steuererhöhungen der labilen Konjunktur nicht den Rest geben?

Aktuell wären Steuererhöhungen sicherlich vollkommen unangebracht. Der Konsolidierungsbedarf sollte nicht unter rein konjunkturellen Gesichtspunkten sehen. Es geht darum, welcher Konsolidierungsbedarf besteht, wenn sich die Wirtschaft wieder auf dem normalen Wachstumspfad befindet. Lediglich der kleinere Teil des Defizits ist auf

konjunkturelle Effekte zurückzuführen. Auch wenn wir wieder eine ganz normale Konjunktorentwicklung haben, werden wir in Deutschland ein relativ hohes strukturelles Budgetdefizit haben. Hinzu kommt, dass ein erheblicher Teil der Einnahmesteigerungen der letzten Jahre aus der sogenannten kalten Progression resultiert.

Dadurch rutschen die Bürger in höhere Steuersätze und zahlen mehr Steuern, obwohl sie real nicht reicher wurden.

Wie kann man denn eine steigende Belastung geringerer Einkommen verhindern?

Vor allem dadurch, dass man die Staatsausgaben auf die Ausgaben konzentriert, die wirklich Armut reduzieren oder verhindern. Es gibt viele Subventionen, von der Landwirtschaft über den Wohnungsbau bis zum Verkehr, von denen man nicht behaupten kann, dass sie überwiegend der ärmeren Bevölkerung zugute kommen. Diese Subventionen, die eher mittlere Einkommensbezieher begünstigen, müssten umgestaltet oder abgeschafft werden. Allerdings ist die Politik häufig nicht in der Lage, diese Kürzungen gegen Einzelinteressen durchzusetzen.



Prof. Dr. Viktor Steiner,
Leiter der Abteilung Staat
am DIW Berlin

» Subventionen, die eher mittlere Einkommensbezieher begünstigen, müssten abgeschafft werden. «

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.